

»Ein pünktlich
beschlossener
Haushalt wäre ein
gutes Zeichen«

Tilo Kießling



VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

November/Dezember 2022



**Und nicht vergessen:
die Solidarität!**

Für einen sozial ausgewogenen Stadthaushalt: Wir machen uns stark für eine kulturvolle Stadt, für eine Stadt, die Schulen saniert und für eine Stadt, die in Kinder und Jugendliche investiert. Für eine Stadt des Miteinanders. » Seite 4 und 5

Geteiltes Leid?

Schon lange ist Existenzangst in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Öffnet sich dadurch ein Fenster der Solidarität?

Folgt man dem Soziologen Kuno Klamm, dann heißt Solidarität, «ein fremdes Problem zu seinem eigenen zu machen.» Vom Fremden ins Eigene - das braucht Übersetzungsarbeit. Hilfestellung leistet dabei in diesen Tagen die Ampelregierung - unfreiwillig. So etwa beim Bürgergeld, bei dem sie - nach Widerstand der CDU - selbst die angedachten, spärlichen Verbesserungen gegenüber Hartz IV aufgegeben hat. Manch einer möchte meinen, hier ginge es um Almosen für die Ärmsten der Armen, aber diese fahrlässig vertane Chance fällt in eine Zeit, in der immer mehr Menschen klar

wird, dass sie in einer Notlage auf eine sorgende Solidargemeinschaft, auf einen handlungsfähigen Staat und eine starke öffentliche Hand angewiesen sind. Denn was die dringend erhoffte Erhöhung der Regelsätze ist, ist für andere Haushalte die Gaspresbremse oder aber das 49-Euro-Ticket.

So öffnet sich in einer existenziellen Krise möglicherweise ein Fenster der Solidarität - auch auf kommunaler Ebene. DIE LINKE will dieses solidarische Gemeinwesen auch in den Haushaltsverhandlungen in Dresden stärken. Sie will das Sozialticket erhalten,

den kommunalen Wohnungsbau stärken, Kindern aus einkommensarmen Familien den Museumseintritt erleichtern. Sie will aber auch das Lokale Handlungsprogramm ausfinanzieren, denn Solidarität braucht auch eine aktive Zivilgesellschaft, die ein solidarisches Miteinander selbstbewusst lebt. Eine Gesellschaft, in der das fremde Problem zum eigenen gemacht wird, braucht den Austausch, braucht Orte der Verständigung, Kultur- und Nachbarschaftszentren etwa. Kurzum: Solidarität braucht Geld und Entschlossenheit. Das Fenster dafür steht offen. *Thomas Feske*

HAUSHALTSDEBATTE

Kultur auf der Strecke

Im Perspektivplan des Oberbürgermeisters kommt die Kultur im Grunde genommen nicht vor. Nur für die Robotronkantine wurde angemerkt, dass ein Konzept entwickelt werden müsse. OB Hilbert hat offensichtlich nicht mitbekommen, dass an diesem schon seit der Bewerbung zur Kulturhauptstadt gearbeitet wird und seit dieser Zeit die Robotronkantine dauerhaft vom Kunsthaus Dresden und der Ostrale bespielt wird.

Hilbert verkennt, dass nicht nur Großveranstaltungen und Weihnachtsmärkte wirtschaftliche Faktoren für die Stadt sind, sondern auch die Kultur der Stadt einen erheblichen Beitrag leistet. Menschen aus aller Welt kommen nicht nach Dresden, um in die in jeder großen Stadt ähnlichen Verkaufstempel zu gehen, sondern um Architektur, Kultur und die Umgebung der Landeshauptstadt zu genießen. Auch für viele Dresdner:innen selber ist das kulturelle Angebot, auch für wenig Geld, ein Grund, sich hier in der Stadt wohl zu fühlen. » Seite 4

Fahrpreise rauf oder runter?

Anfang Dezember kommt die Zweckverbandsversammlung des VVO im Dresdner Rathaus zusammen



ÖPNV in Dresden: pünktlich, bezahlbar und schnell! Statt: teuer, langsam und spät!

Preisfrage: Werden Bus und Bahn nächstes Jahr teurer oder billiger? »Blöde Frage – es wird immer alles teurer, heutzutage erst recht« – das sagen die einen. »Es kommt ganz darauf an« – sagen die anderen.

Fast zur gleichen Zeit fielen zwei Entscheidungen, die widersprüchlicher kaum sein könnten. Der Oberbürgermeister von Dresden und die Landräte der umliegenden Kreise brachten die bisher steilste Preiserhöhung in der Geschichte des Verkehrsverbundes Oberelbe auf den Weg. Um circa 14 Prozent sollen viele Tickets – Einzelfahrscheine, Tageskarten, aber auch Abo-Monatskarten – am 1. April 2023 teurer werden.

Die 16 Ministerpräsident:innen und der Bundeskanzler gaben in der gleichen Woche den Weg frei für das sogenannte Deutschlandticket. Für 49 Euro im Monat bei bundesweiter Gültigkeit im Nahverkehr soll es einen Beitrag zur ökologischen Verkehrswende leisten.

Wer in Dresden tagtäglich mit seiner Abo-Monatskarte Preisstufe A 1 zur Arbeit fährt, kann über die geplanten Preiserhöhungen im VVO nur müde lächeln: welche Preiserhöhung? Das 49-Euro-Ticket ist um 5,90 Euro günstiger als die derzeitige Abo-Monatskarte, die Steigerung um weitere 7,50 Euro kann der betreffenden Person vollkommen Wurst sein. Wer bisher eine Verbundraummonatskarte für 159,90 Euro

(künftig 181,60 Euro) nutzte, kann über die Tarifierhöhung nicht nur lächeln, sondern schallend lachen.

Kniffliger wird es schon für jemanden, der gern seinen vierbeinigen Gefährten oder sein Zweirad mitführt. In der Abo-Monatskarte ist die Mitnahme enthalten, im Deutschlandticket leider nicht. Braucht Bello jetzt ein eigenes Deutschlandticket? Hat er überhaupt Anspruch?

Viele Fragen sind noch ungeklärt

Aber es gibt noch weitere Personengruppen, für die Straßenbahnfahrten teurer werden wird. Rentnerpaare, die eine übertragbare Monatskarte gemeinsam – oder genauer – abwechselnd nutzen. Die Übertragbarkeit ist beim Deutschlandticket nicht mehr vorgesehen. Auch die Nutzer:innen des Dresdner Sozialtickets machen sich Sorgen: Wird der 50-Prozent-Rabatt auch für das neue Ticket gelten oder nicht?

Viele dieser Fragen sind noch ungeklärt. Wenn die Zweckverbandsversammlung des VVO im Dresdner Rathaus zusammenkommt, geht es mehr als je in der Vergangenheit um die Frage: Wie gerecht geht es eigentlich zu? *Jens Matthis*

VERBRAUCHERPREISE

SachsenEnergie wird teurer



Nur ein Beispiel: Im September zahlte ein Musterhaushalt in Dresden (4 Personen) (20.000 Kilowattstunden) durchschnittlich 4371 Euro im Jahr für Gas – ein Plus von 232 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Nicht viel besser sieht es beim Strom aus. Der durchschnittliche Strompreis stieg im September deutlich im Vergleich zum Vormonat an. Ein Musterhaushalt (5000 Kilowattstunden) zahlte im Schnitt 2194 Euro jährlich für Strom. Das entspricht einem durchschnittlichen Preis von 43,9 Cent pro Kilowattstunde. Im Vorjahresmonat waren es 1532 Euro – ein Plus von rund 43 Prozent.

DIE LINKE in Dresden hat sich stets für eine am Gemeinwohl orientierte kommunale Daseinsvorsorge eingesetzt und achtet darauf, dass die konkrete Geschäftspolitik nicht in erster Linie der Profitmaximierung dient. So auch bei der SachsenEnergie! *Die Redaktion*

MILLIONEN FÜR HÄRTEFÄLLE

Herr Hilbert, handeln Sie!

Die Energiepreise gehen durch die Decke, so dass auf die Dresdnerinnen und Dresdner erhebliche Belastungen zukommen. Die Linksfraktion meint, die Stadt müsste hier vorausschauend handeln, bevor die Rechnungen im Briefkasten landen. Deshalb hat DIE LINKE im Stadtrat einen Antrag eingebracht, der den OB beauftragt, unverzüglich für Privathaushalte in Dresden einen Härtefallfonds für besondere Notlagen einzurichten.

Dieser Fonds soll für besondere Härtefälle bei Nachzahlungsforderungen hinsichtlich der Betriebskosten zur Verfügung stehen. Der Oberbürgermeister hat dazu dem Stadtrat eine Richtlinie zur Gewährung dieser Unterstützungsleistung zur Beschlussfassung vorzulegen. Für den Härtefallfonds sollen 2 Millionen Euro bereitgestellt werden. Diese Haushaltsmittel werden dem Geschäftsbereich Arbeit, Soziales, Gesundheit und Wohnen zweckgebunden zugeordnet.

Des Weiteren soll innerhalb der Stadtverwaltung eine Anlaufstelle »Energie- und Heizkosten« eingerichtet werden, an die sich die Bürgerinnen und Bürger wenden können, wenn sie sich in besonderen Notlagen auf Grund geforderter Nachzahlungen infolge gestiegener Preise für die Energie- und Wärmeversorgung befinden.

Um Wohnungskündigungen infolge nicht gezahlter Betriebskosten zu vermeiden, soll der OB zudem das Gespräch mit den Wohnungsunternehmen suchen. Auch wenn die Landeshauptstadt auf private Mietverhältnisse keinen unmittelbaren Einfluss ausüben kann, sollten angesichts der gegenwärtigen Situation alle Möglichkeiten genutzt werden, um die Menschen zu unterstützen. *Die Redaktion*



Damit es die Katze Molly auch weiterhin mollig hat

»Verlässlichkeit und Stabilität in der Krise«

In den Verhandlungen über den Haushalt der Stadt Dresden will sich DIE LINKE für den Erhalt der sozialen und kulturellen Infrastruktur einsetzen. Ein Interview mit dem LINKEN-Fraktionsvorsitzenden im Dresdner Stadtrat André Schollbach

Eigentlich wollten wir ja hauptsächlich über den Stand der Haushaltsberatungen und die Ergebnisse der Haushaltsklausur der Stadtratsfraktion sprechen, aber leider hat es hinsichtlich der Bürgermeisterwahlen auf der gerade gelaufenen Stadtratssitzung, verursacht durch das Pokerspiel des OB, erneut eine Verschiebung gegeben. Ich vermute, Du kannst die Vielzahl der Wendungen, der Irrungen und Wirrungen, schon kaum noch nachvollziehen?

Wenn man die vergangenen Wahlversuche nüchtern betrachtet, wird das Problem deutlich. Zu Beginn der jeweiligen Stadtratssitzung nimmt Oberbürgermeister Hilbert (FDP) nach eigenem Belieben einzelne Wahlen von der Tagesordnung oder verändert deren Reihenfolge oder verweigert das Einvernehmen zu einer von ihm selbst vorgeschlagenen Veränderung der Anzahl der Beigeordneten. Diese zielgerichtet und kurzfristig herbeigeführten veränderten Rahmenbedingungen, mit denen der Stadtrat in der Sitzung konfrontiert wird, haben dann mehrere Unterbrechungen mit eiligen Besprechungen zur Folge. Da in einer derartigen, kurzfristig veränderten Situation tragfähige Lösungen nicht zustande kommen, werden die Wahlen in der Konsequenz abgesetzt. Anderenfalls bestünde die reale Gefahr, dass zentrale Wahlentscheidungen im Wege eines Lotteriespiels getroffen werden. Mein Fazit lautet: Wenn man zu erfolgreichen Wahlen für die Beigeordneten gelangen will, müssen die Rahmenbedingungen rechtzeitig vor der entscheidenden Stadtratssitzung verbindlich geklärt sein.

Nun zu unserem eigentlichen Thema, dass leider zu Unrecht etwas in den Hintergrund gerückt ist. Die Beratungen zum Haushaltsentwurf sind im vollen Gange. In dieser Ausgabe der Zeitung ist an vielen Stellen, die Rede davon und die Fraktion hat dazu auch eine Klausurtagung in Chemnitz durchgeführt. Auf welche Schwerpunkte konnte sich die Stadtratsfraktion denn verständigen? Du sprachst von den Brot- und Butterthemen, auf die wir uns konzentrieren sollten. Könntest du das noch etwas konkretisieren?



Priorität genießt für uns der Erhalt der sozialen und kulturellen Infrastruktur der Stadt Dresden. Gerade in Krisenzeiten benötigen die Menschen Stabilität und Verlässlichkeit. Die sozialen Einrichtungen der Stadt müssen arbeitsfähig bleiben und die Kulturstadt Dresden ihren Stellenwert behalten. Und Kultur meint hier nicht nur die Hochkultur. Deshalb ist für uns die weitere Entwicklung der Nachbarschaftszentren ein wichtiges Ziel. In der Vergangenheit haben wir das Sozialticket für Bus und Bahn erstritten. Nun wird es durch Oberbürgermeister Hilbert mit einer deutlichen Unterfinanzierung infrage gestellt. Hier wird sich DIE LINKE für Verbesserungen einsetzen. Mein Verständnis hört gänzlich auf, wenn wichtige Projekte

heimlich, still und leise finanziell ausgetrocknet werden sollen. Betroffen wären zum Beispiel das Projekt Müttergesundheits oder auch die Straßensozialarbeit. Ich frage mich schon, warum der Stadtrat erst kürzlich den Fachplan Altenhilfe beschlossen hat, das darin enthaltene Ziel der Ausweitung der Seniorenbegegnungs- und -beratungsstätten im Haushaltsentwurf aber nicht abgebildet wird. Hier treten wir für die Bereitstellung der erforderlichen Gelder ein.

Ist die Situation tatsächlich so dramatisch? Das heißt drohen Kürzungen beim Personal, müssen Einrichtungen ihre Öffnungszeiten einschränken bzw. sogar ganz schließen?

»Priorität genießt für uns der Erhalt der sozialen und kulturellen Infrastruktur der Stadt Dresden«

André Schollbach

Werden nicht noch erhebliche Nachbesserungen am Haushalt vorgenommen, dann drohen gravierende Einschnitte in wichtigen Bereichen. Rekordhaushalt hin oder her. An vielen Stellen sind die inflationsbedingten Kostensteigerungen und höhere Tarifabschlüsse noch gar nicht berücksichtigt worden. Das Resultat: Projekte müssten gestoppt oder sogar ganz gestrichen werden. Das neoliberale Mantra, dass die Schuldenbremse im Interesse unserer Kinder sei, ist doch dahingehend zu hinterfragen, dass die eigentliche Hypothek fehlende Investitionen in der Gegenwart sind.

Gerade das Thema Wohnen hat für DIE LINKE schon länger einen zentralen Stellenwert bei der Sicherung der kommunalen Daseinsvorsorge. Nun hat die Bundesebene gerade den Wohngeldbezug neu geregelt. Was kommt nach deiner Meinung hier auf die Verwaltung zu?

Es war gut, dass die Fraktion DIE LINKE schon vor einiger Zeit die Stadtverwaltung beauftragt hat, die Beantragung der Sozialleistungen zu digitalisieren. Hinsichtlich der Beantragung von Wohngeld kommt dies zum Jahreswechsel gerade rechtzeitig. Da nun aber mehr Menschen wohngeldberechtigt sind, müssen auch mehr Anträge bearbeitet werden. Es droht ein regelrechter Antragsstau. Deshalb müsste dringend neues Personal in der Wohngeldstelle eingesetzt werden, damit die betroffenen Menschen nicht monatelang warten müssen, bis sie ihre sozialen Leistungen erhalten. Aber die Prioritäten des Oberbürgermeisters liegen wie so oft woanders.

Das Interview führte Dirk Wagner

KULTURHAUSHALT

14 Millionen Mehrbedarf

Im vorgesehenen Haushaltsplan findet keine Erhöhung des Budgets für die kulturellen Einrichtungen statt, trotz enormer Aufwandsteigerungen. Es wird sogar gegenüber den letzten beiden Haushaltsjahren gekürzt. Diese Kürzungen können die Einrichtungen nur mit Angebotskürzungen kompensieren, was bedeutet: weniger Stücke, weniger Vorstellungen, eingeschränkte Öffnungszeiten (Bibliotheken und Museen) sowie die Erhöhung der Preise.

Freie Kulturschaffende leben oft am Existenzminimum, gerade deswegen steht im verabschiedeten Kulturentwicklungsplan der Stadt Dresden, dass die Fördersummen für Kultur an die Zahlung von Mindestlöhnen – das heißt 20 Prozent mehr – und Mindestgagen – das heißt 40 Prozent mehr – gebunden sind. Die Förderzusagen vom Land und Bund



Ansicht der Robotronkantine: genutzt von der Ostrale und dem Kunsthaus Dresden

geben dieses ebenfalls als Bedingung an. Wenn wir das nur für die institutionell geförderten Kultureinrichtungen – das sind freie Kulturschaffende, welche zum Teil von der Stadt gefördert werden – umsetzen wollen, werden 1,73 Millionen Euro mehr benötigt und für die Kultureinrichtungen der Stadt (Theater und Museen) sind dies 1,5 Millionen mehr.

Insgesamt benötigt der Kulturhaushalt 14 Millionen Euro mehr. Wir werden uns als Linke in den Haushaltsverhandlungen besonders dafür einsetzen, die prekären Lebensbedingungen von Kulturschaffenden zu verbessern, den kostenfreien Zugang zu Museen und kulturellen Bildungsangeboten für Kinder und Jugendliche (zwar beschlossen, aber nicht umgesetzt) sicherzustellen sowie für die Erhaltung der Angebote der Bibliotheken.

Anja Apel

Erhebliche Nachbesserungen nötig

Am 15. Dezember 2022 wird der Dresdner Stadtrat den Haushaltsplan für die beiden folgenden Jahre verabschieden. Bis Redaktionsschluss lagen die Beratungen der Fraktionen noch im Zeitplan

Ein pünktlich beschlossener Haushalt ist ein gutes Zeichen, denn der oft geschmähte Stadtrat zeigt damit seine Arbeitsfähigkeit. Unsere Fraktion hat sich auf grundsätzliche Ziele in der Haushaltsverhandlung verständigt. Zu diesen gehört wie schon bei den vergangenen Doppelhaushalten die Sicherung der notwendigen Etats in den Förderbereichen Soziales, Jugendhilfe und Sport. Für den Bereich der Jugendhilfe möchte ich einmal darstellen, worum es hier geht.

Mehrbedarfe ermittelt

Im März 2022, also vor den Festlegungen der Budgetzahlen durch den Oberbürgermeister, hat der Jugendhilfeausschuss beschlossen, mit welchen Positionen die Verwaltung des Jugendamtes in die verwaltungsinterne Diskussion geht. Hierzu gab es eine fachliche und auf vorhergehenden Beschlüssen zu Ausstattungszahlen und zu fachlichen Weiterentwicklungen beruhende Diskussion, die den Finanzbedarf Stand März inklusive zum damaligen Zeitpunkt prognostizierter Kostensteigerungen beinhaltete. Der entsprechende Beschluss trägt die Nummer A0320/22 und kann unter www.ratsinfo.dresden.de nachgelesen werden. Er beschreibt den Mehrbedarf



Die Kinder sollen weiter spielend lernen können! Im Haushalt bestehende Angebote absichern und die fachliche Weiterentwicklung ermöglichen

im Vergleich zum Stand der Förderung für den noch laufenden Haushalt.

Beschlüsse des Stadtrates werden ignoriert

Zu den vorläufigen Budgetzahlen ergab sich hier ein Mehrbedarf von 4.186.500 Euro im Jahr 2023 und von 5.784.700 Euro im Jahr 2024. Diese Zahl ist deutlich höher als die im JHA-Ber-

schluss genannte, weil der Ansatz der Budgetzahlen die Beschlüsse des Stadtrates zum Haushalt seit vielen Jahren einfach ignoriert. Den Geschäftsbereichen werden uralte Zahlen aus den Vorjahren vor die Nase gesetzt. Zwar könnten diese dann noch verändert werden, aber woher soll das Jugendamt oder auch das zum Geschäftsbereich gehörende Schulamt mehrere Millionen Euro nehmen, um den Bedarf in der Förderung freier Träger der Jugendhilfe zu decken?

Kostensteigerungen nicht eingepreist

In der abschließenden Festlegung des Oberbürgermeisters ist dann ein wenig Geld zur Verfügung gestellt worden. Jeweils 1.900.000 Euro pro Jahr. Das würde gerade so reichen, um die Kürzungen zum Iststand des Haushaltsansatzes 2021/2022 aufzufüllen. Weder eine Deckung der Kostensteigerungen, geschweige denn eine fachliche Weiterentwicklung wäre möglich. Dazu kommen nun noch die Belastungen durch die Inflation, die neben den Sachkostensteigerungen natürlich auch deutlich steigende Tarifabschlüsse zur Folge haben werden.

Schließungen drohen

Ohne der Jugendhilfeausschusssitzung vorzugreifen, auf der die Bedarfe präzisiert werden, wird der Mehrbedarf zum Haushaltsansatz nicht unter 9 Millionen Euro für zwei Jahre liegen. Zum Vergleich: Eine Jugendeinrichtung mit zwei Vollzeitstellen erhält gegenwärtig eine Förderung von unter 200.000 Euro pro Jahr. Es müssten also mindestens 25 solcher Einrichtungen geschlossen werden, wenn es uns nicht gelingt, den Haushaltsansatz für die Jugendhilfeförderung zu erhöhen. Abschließend sei nur erwähnt, dass die Situation im Sozial- und Kulturbereich nicht besser ist.

Tilo Kiebling

Den Geschäftsbereichen werden Zahlen aus den Vorjahren vor die Nase gesetzt

Hinter verschlossenen Türen

Im Juli gab der Stadtrat seine Zustimmung zu einem fragwürdigen Interessenpapier, welches der Oberbürgermeister und der Wohnungskonzern Vonovia ausgehandelt hatten

In dem Papier werden Wohnentwicklungen am Johnsbacher Weg und an der Windmühlenstraße angestrebt und der Erwerb von 3000 Wohnungen durch die Stadt beabsichtigt. Der Beschluss enthält sehr viel soziale und ökologische Lyrik, immer jedoch mit dem Verweis der Notwendigkeit öffentlicher Förderung bei der klimagerechten Sanierung und der Stabilisierung der Mietpreise.

Der Hinweis in der Debatte seitens der LINKEN, dass die Vonovia hohe Verbindlichkeiten in der Bilanz hätte und im Zuge der sich überlagernden Krisen stagnierende oder gar zurückgehende Mieten zu Bilanzverlusten führen könnten und in der Folge ein gewisser Zwang zum Verkauf von Wohnungen bestehen könnte, wurde vom Oberbürgermeister mit dem Vorwurf der »Rufschädigung« kommentiert. Das kann inzwischen dahingestellt bleiben.

Denn reichlich zwei Wochen später verkündete Vonovia selber, Wohnungen im Wert von 13 Milliarden Euro verkaufen zu wollen. In Rede stünden 66.000 Wohnungen. Dies, um im Umfeld steigender Zinsen die Schulden zu reduzieren.

Der Taschenrechner sagt, dass dies knapp 200.000 Euro je Wohnung wären. Bei, grob angenommen, zwei Drittel *Ostabschlag* also vielleicht 130.000 Euro für Dresdner Bestände. Zur Erinnerung, als Dresden seine Woba verscherbelte, wurden 48.000 Wohnungen zu 1,7 Milliarden Euro taxiert, inklusive Filetlagen, Gewerbe und unbebaute Grundstücke, macht also grob überschlagen gerade mal 35.000 Euro je Wohnung. Inzwi-



Der Oberbürgermeister würfelt um die Zukunft der Stadt – Ergebnis noch offen

schen sind die Wohnungen aber auch noch mehr in die Jahre gekommen und vermutlich sanierungsbedürftig.

Profite durch Buchgewinne

Wer meint, das Geschäftsmodell der Vonovia bestand in der Vergangenheit darin, die Mieten zu erhöhen und sich als Gewinn ausschütten zu lassen, denkt viel zu kurz. Denn mit der Steigerung der Mieten konnten auch die Immobilien im Ertragswert höher bewertet werden, was einen Bilanz- oder Buchgewinn bescherte. Um diese Höherbewertung der Immobilien als Gewinn oder Dividende ausschütten zu können, al-

so in klingende Münze zu verwandeln, wurden sie beliehen. Hauptprofiteure waren bekannte Adressen wie BlackRock und die Norges Bank.

Zweiter Profiteur dieser Strategie neben den Aktionären war Vater Staat, denn die Buchgewinne waren zu versteuern. Zwischen 2012 und 2017 zahl-

te Vonovia fast vier Milliarden Euro Ertragssteuern, ohne die genannten Buchgewinne wären es nur 600 Millionen gewesen, hier nahm auf der Grundlage der Strategie der Vonovia der Staat 3,4 Milliarden mehr ein.

Zwischen 2014 und 2021 schrieb der Konzern 15 Milliarden Gewinn. Zuletzt übernahm er die Deutsche Wohnen, verhub sich allerdings beim skandalträchtig in Schieflage geratenen Immobilienentwickler Adler.

Klar, wer derart aggressiv Monopoly spielt, hat am Ende keine Rücklagen für Sanierungen. Wir müssen aufpassen, hier nicht über den Tisch gezogen zu werden.

Tilo Wirtz

**Wer aggressiv
Monopoly spielt,
hat am Ende
keine Rücklagen**

SCHULEN SANIEREN

Nicht kleckern, sondern klotzen!



Schulen planen, bauen, sanieren

Pro Jahr sind 100 Millionen Euro nötig, um alle nötigen Sanierungsmaßnahmen an Dresdner Schulen bis zum Jahr 2032 zu bewerkstelligen. Diese Zahl ist immer noch im Umlauf, wirkt aber angesichts der Preisexplosion bei Bau- und Energiekosten sowie der anhaltenden Inflation wie ein Relikt aus einer längst vergangenen Zeit. Inzwischen werden die extrem gestiegenen Kosten durch eine Knappheit an Material und Personal flankiert, die dazu führt, dass fertig geplante Bauprojekte gar nicht erst begonnen werden. Hier beißt sich die Katze in den Schwanz, weil in der Zwischenzeit die Kosten noch weiter steigen könnten.

Wir sind als gewählte Vertreter:innen aufgefordert, in Absprache mit den anderen Fraktionen, bei den aktuellen Haushaltsverhandlungen die richtigen Prioritäten zu setzen. Es gibt die berechtigte Erwartungshaltung der Dresdner Stadtgesellschaft, dass unsere Jüngsten in einer ordentlichen Umge-

bung lernen können. Schulen, in die es reinregnet, deren marode Fenster sich nicht mehr öffnen lassen oder in denen der Putz von den Wänden fällt, sind ein Armutszeugnis für eine wohlhabende Stadt wie Dresden. Es darf nicht sein, dass Kinder und Jugendliche erneut die Leidtragenden einer Krisensituation sind.

So wandte sich der Elternsprecher der 30. Grundschule »Am Hechtpark« zum wiederholten Mal an Stadtrat und Öffentlichkeit, um darzustellen, dass der Sportunterricht in der Turnhalle inzwischen selbst aus Sicht der Unfallkasse Sachsen für die Kinder gefährlich sei. Außenanlagen, auf die man zum Sport machen ausweichen könnte, sind am Standort nicht vorhanden. Wir machen uns dafür stark, dass die mit 5,4 Millionen Euro veranschlagte Sanierung der Turnhalle im Maßnahmenplan für 2023/2024 fest verankert wird. Doch auch andere, längst überfällige Sanierungsprojekte verdienen unsere Aufmerksamkeit. Wir bleiben dran!

Anne Holowenko

WOHNEN IN PROHLIS

Segen und Fluch zugleich



Blick auf das Zentrum von Prohlis

In Prohlis gibt es derzeit circa 10.000 Wohnungen. Diese gehören vor allem der WGS »Glückauf Süd«, Vonovia und Deutsche Wohnen. Fürs Wohnen bezahlt man zwischen 5,60 und 8,50 Euro pro

Quadratmeter. Das Wohngebiet ist mit Bus und Bahn super ans Zentrum angebunden. Hier gibt es fast alles, was ein Mensch zum guten Leben braucht: Zwei Grundschulen, eine Förderschule, eine Mittelschule, ein Gymnasium

und fünf Kitas. Hinzu kommen fußläufig erreichbare Einkaufsmöglichkeiten und Geschäfte im Prohlis-Zentrum. Der Kaufpark Nickern ist nicht weit, Ärztehäuser, das neue Kombibad mit Schwimmhalle und Freibad runden das Bild ab.

Für kulturelle Angebote sorgen vor allem der »Querformat« e.V., die Jugend-Kunst-Schule, das Palitzschmuseum und das Orchester Musaik. Alles in allem ein sehr gut ausgestattetes Wohnviertel mit begrünten Innenhöfen und Spielmöglichkeiten für die Kinder. Trotzdem wird das Wohngebiet in Dresden als einfache Wohnlage eingestuft und ihm haftet das Etikett »sozialer Brennpunkt« an.

Platte im Zeitenwandel – Probleme im Kiez

Die Jugendlichen haben zwei Freizeittreffs – sonst nicht wirklich viel. Ab einem Alter von 14 Jahren zieht es sie in

die Neustadt. Aufgrund der günstigen Mieten wohnen hier Menschen mit geringem eigenen Einkommen, Menschen mit Harz IV, Menschen mit einer eher geringen Rente und Migrant:innen. Diese soziale Segregation führte und führt immer wieder zur Stigmatisierung des Wohngebietes als Problemviertel.

In Gesprächen wiesen Mitarbeiter von Safe DD außerdem darauf hin, dass es in Prohlis offensichtlich sogenannte verdeckte Wohnungslosigkeit gibt. Menschen, die keine Wohnung haben, kommen für eine bestimmte Zeit bei Verwandten, Bekannten oder Freunden unter. Auch in Prohlis wird deutlich, dass es in Dresden Menschen gibt, die sich keine eigene Wohnung leisten können. Dabei sollte Wohnen ein grundlegendes Menschenrecht sein und Menschen mit sozialen und psychischen Problemen brauchen professionelle Betreuung. Die auskömmliche Finanzierung wollen wir im nächsten Doppelhaushalt sichern. *Margot Gaitzsch*

Wohngeldreform in Dresden

Vor kurzem hat der Bundestag das Wohngeld-Plus-Gesetz beschlossen. Viel wurde darüber in der Öffentlichkeit diskutiert

Auch im Dresdner Stadtrat bewegt uns die Wohngeldreform, vor allem die Frage, wie es umgesetzt wird und wann die Anspruchsberechtigten ihre Auszahlung erhalten. Denn nicht beschlossen wurde auf Bundesebene eine grundlegende Vereinfachung der Beantragung. Der Anspruch auf Wohngeld wird errechnet aus dem Haushaltseinkommen, den Wohnkosten, der Anzahl der Haushaltsmitglie-

beziehen 5800 Haushalte in Dresden Wohngeld, im Durchschnitt 200 Euro im Monat. Mit dem neuen Gesetz wurden die Einkommensgrenzen erhöht, so dass etwa dreimal so viele Haushalte einen Anspruch auf Wohngeld haben werden – also circa 18.000 Haushalte. Um die alten und neuen Anträge zu bearbeiten, benötigt die Dresdner Verwaltung knapp 90 neue Mitarbeiter:innen. Im vorliegenden Stellenplan des Haushaltsentwurfs von OB Hilbert stehen genau Null.

Schon heute beträgt die Bearbeitungszeit von einem Wohngeldantrag drei Monate. Wenn nicht schleunigst neues Personal hinzukommt, wird künftig die Bearbeitungszeit wohl so lang sein, dass die Wohngeldberechtigten ihre erste Auszahlung erst im Spätsommer erwarten dürfen. Eine Katastrophe für die betroffenen Haushalte, denn das Geld wird ja dringend benötigt, um die Miete und die massiv gestiegenen Kosten für das Heizen bezahlen zu können.

Bereits Monate bevor von der Wohngeldreform die Rede war, haben wir im Stadtrat beantragt, dass eine digitale Beantragung von Leistungen ermöglicht werden soll, beginnend mit dem Wohngeldantrag. Auf die Frage zur Umsetzung sagte OB Hilbert in der Oktober-Stadtratssitzung, dass diese digitale Variante Anfang 2023 bereitstehen soll. Das könnte natürlich die Bearbeitung sowohl für die



Wohngeld beantragen! Ein Ausgang in der Not

Es ist unbedingt zu empfehlen, den eigenen Anspruch auf Wohngeld prüfen zu lassen

der und gegebenenfalls weitere Kosten, wie zum Beispiel Kinderbetreuungskosten. Das heißt für die kommunalen Verwaltungen, die aufwendigen Prüfungen eines Wohngeldanspruches bleiben weiterhin erhalten.

Pro Antrag muss mit drei Stunden Arbeitszeit gerechnet werden. Derzeit arbeiten im Dresdner Sozialamt 40 Personen in der Wohngeldstelle, pro Jahr gehen circa 21.000 Anträge ein. Es

Antragsteller:innen als auch für die Verwaltung deutlich beschleunigen.

Es ist unbedingt zu empfehlen, den eigenen Anspruch auf Wohngeld prüfen zu lassen. Hierdurch kann zum Beispiel ein einmaliger Heizkostenzuschuss erreicht werden. Eine Antragstellung

lohnt aber auch deshalb, weil sich an den Wohngeldbezug noch weitere Leistungen anschließen, zum Beispiel den Anspruch auf den Dresden-Pass mit all seinen Vergünstigungen oder die Bildungs- und Teilhabeleistungen für Kinder und Jugendliche. *Pia Barkow*

Stumpfes Schwert

Auch in Dresden: Gleichstellung muss endlich zur Normalität werden



Die Anliegen und Ziele des Zweiten Gleichstellungsaktionsplanes sind wichtig und richtig, aber es fehlen Sanktionsmöglichkeiten

Der Aktionsplan zur Umsetzung der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene geht zurück auf den Beitritt der Stadt Dresden zur Europäischen Charta im Jahr 2012. Damals ist die Stadt Dresden die Verpflichtung eingegangen, in regelmäßigen Abständen Aktionspläne vorzulegen. Der erste dieser Aktionspläne stammt aus dem Jahr 2015 und sollte eigentlich nach zwei Jahren einer Überarbeitung unterzogen werden. Nun sind sieben Jahre ins Land gegangen, ehe der zweite Plan vorgelegt wird. Das zeigt schon, welchen Stellenwert das Thema Gleichstellung bei Oberbürgermeister Hilbert hat.

In dem Aktionsplan werden verschiedene Maßnahmen aufgeführt, die zu einer verbesserten Gleichstellung führen sollen, zum Beispiel in Sachen Personalmanagement innerhalb der Stadtverwaltung, der Sensibilisierung für gleichstellungspolitische Themen oder auch die Verwendung einer diskriminierungsfreien Sprache. Leider jedoch bleibt der Zweite Aktionsplan wie bereits sein Vorgänger eher unkonkret in den Zielstellungen und benennt viel zu oft in der Spalte »zuständig für die Umsetzung« »alle Geschäftsbereiche«. Damit ist schon vorprogrammiert, dass sich letztlich alle auf die jeweils anderen verlassen und kaum selbst die Umsetzung vorantreiben. Wirklich wichtige Ziele – wie zum Beispiel die Stadt achtet auf ein geschlechtergerechtes Personalmanagement –, werden so ver-

mutlich wie bereits jetzt schon eher zufällig angegangen, abhängig vom jeweiligen Interesse des Geschäftsbereichs.

Ein wirklich wichtiges Ziel, welches konkret im Aktionsplan aufgeführt wird, lautet: Die Stadt Dresden achtet auf eine geschlechtergerechte Gesundheitsförderung sowie auf geschlechtergerechte Angebote im Gesundheitswesen. Spezifische Beratungseinrichtungen werden sicher-

Es mussten sieben Jahre ins Land gehen, ehe der zweite Aktionsplan vorgelegt wurde

gestellt. Das klingt wie ein Hohn, wo wir doch gleichzeitig gerade vom Oberbürgermeister einen Haushaltsentwurf vorgelegt bekamen, in dem genau jene Gesundheitseinrichtungen gestrichen wurden.

Die Anliegen und Ziele des Aktionsplans sind wichtig und richtig, leider jedoch mangelt es an Sanktionsmöglichkeiten, sollten Ziele nicht umgesetzt werden. Das macht den Aktionsplan zu einem eher stumpfen Schwert.

Pia Barkow

»LIEBLINGSPLÄTZE FÜR ALLE«

Einlass ohne Stufen



Barrieren für Menschen mit Behinderung, aber auch für Eltern mit Kinderwagen oder Menschen mit Rollatoren sollen abgebaut werden. Für dieses Ziel stellt das SMS der Landeshauptstadt Dresden über das Programm »Lieblingsplätze für alle« auch für 2023 Fördermittel zur Ver-

fügung. Gefördert werden Projekte in den Bereichen Sport, Kultur, Freizeit, Gastronomie, Soziales, Bildung und Gesundheit. Dabei ist eine Förderung bis zu 25.000 Euro pro Einzelmaßnahme möglich. Bewerbungen können sich auch Eigentümer, Mieter, Pächter und Betreiber von öffentlich zugänglichen Gebäuden und Objekten oder Ärzte, Zahnärzte und Psychotherapeuten einer ambulanten Praxis.

Die Redaktion

DIGITALISIERUNG

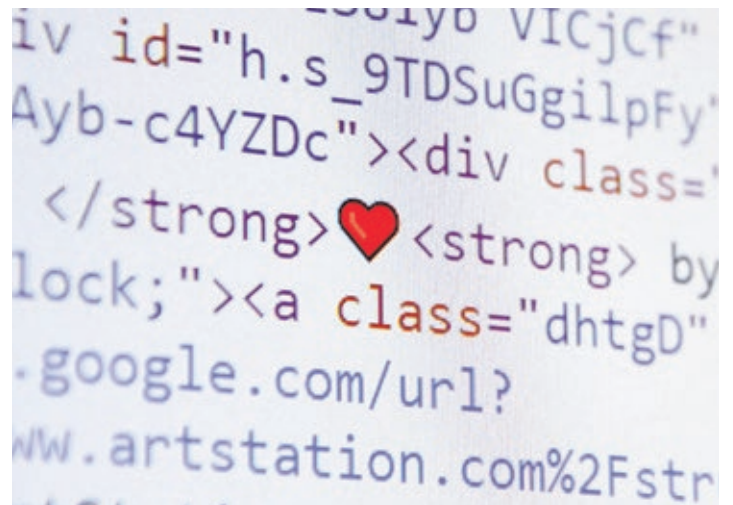
Sozialleistungen online beantragen

Grundlage dafür ist ein Antrag der Fraktion DIE LINKE im Dresdner Stadtrat, mit dem Ziel, die Voraussetzungen für das digitale Einreichen von Wohngeldanträgen und weiteren Sozialleistungen zu schaffen. Zusätzlich soll auf den Internetseiten der Landeshauptstadt ein Sozialleistungsrechner angeboten werden, der Menschen Hinweise zum Anspruch auf mögliche Leistungen gibt. Nachzeitigem Stand kann der Sozialleistungsrechner aber aktuell noch nicht umgesetzt werden.

Das Angebot für den Online-Wohngeldantrag soll spätestens zum 1. Januar 2023 bereitgestellt werden. Dazu wurde im Sozialamt ein ganzheitliches, amtsinternes Projekt initiiert. Dies beinhaltet unter anderem die Bearbeitung von Online-Antrags-Assistenten für Leistungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen, Dresden-Pass, Leistungen für Bildung und Teilhabe und die Erteilung des Wohnberechtigungsscheins (WBS). In der nächsten Entwicklungsstufe soll dann die digitale Zustellung der Bescheide möglich sein. Eine digitale Bearbeitung seitens der Sozialverwaltung wird jedoch erst ab 2024 im Rahmen der elektronischen Aktenführung (eAkte) möglich sein.

Schon seit geraumer Zeit ist klar, dass die Vorgabe des Onlinezugangsgesetzes – bis Ende 2022 alle Verwaltungsleistungen digital anzubieten – nicht umgesetzt werden kann. Zudem soll es weitere rechtliche Änderungen geben. Beschäftigt man sich näher mit dem Onlinezugangsgesetz, dann wirkt es wie ein Verwaltungsdschungel – nur eben digital.

Katharina Hanser



Die Vorgabe, bis Ende 2022 alle Verwaltungsleistungen digital anzubieten, war nicht zu halten



Messe Dresden

»SCHLACHTHOF 5«

Gegen das Vergessen

Kurt Vonnegut Jr. – der Schriftsteller und Autor von »Schlachthof 5« – wäre am 11. November hundert Jahre alt geworden.

Leider etwas in Vergessenheit geraten ist der Schriftsteller, dessen bekanntestes Werk »Schlachthof 5 oder Der Kinderkreuzzug« einen starken Bezug zu seinen Kriegserlebnissen in Dresden hat. Als Soldat der U.S. Army geriet er während der Ardennenoffensive in deutsche Kriegsgefangenschaft und erlebte vom 13. bis 15. Februar 1945 die Zerstörung der Stadt mit. Er überlebte in einem Schlachthofkeller (heute Messe Dresden) den Feuersturm. Erst Jahrzehnte später konnte er diese Eindrücke im genannten Roman verarbeiten. Dieser erschien Ende der 60er Jahre zunächst in einer kleineren Auflage, die aber schon nach wenigen Tagen vergriffen war, so dass zahlreiche weitere Auflagen folgten.

Das Buch wurde zu einem internationalen Erfolg, es wurde verfilmt und Wikipedia erklärt es zum »wichtigen Schlüsselwerk des Pazifismus, insbesondere bei den Gegnern des Vietnam-Kriegs.« »Schlachthof 5« bezieht sich auf eine Reihe von Ereignissen in Vonneguts Leben unter anderem dem Tod der Schwester und seine Gefangennahme. Die traumatischen Erfahrungen während der Bombardierung Dresdens bilden jedoch den zentralen Bezugsrahmen für das Werk. Als Erinnerung und Mahnmal an diese Zeit wurde durch die Messe Dresden zusammen mit dem Künstler Ruairí O'Brien und den Deutschen Werkstätten Hellerau eine Gedenkwand im Haus 1 errichtet. Noch heute wird »Slaughterhouse-Five« zu den bedeutendsten Romanen der amerikanischen Literatur nach 1945 gezählt. *Die Redaktion*

LÄRMAKTIONSPLAN

Nichts geschehen

Dass es in der Neustadt häufig zu Unzeiten laut ist, darüber dürfte kein Zweifel bestehen. Um dieses Problem anzugehen, hat die Stadt einen Teilgebiets-Lärmaktionsplan Innere Neustadt beschlossen. Nun wurde nach über einem Jahr über den Stand der Umsetzung berichtet. Kurz gesagt, es ist nichts geschehen. Doch im Einzelnen: Lkw-Nachfahrverbote auf ausgewählten Straßen? Noch nicht umgesetzt. Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h nachts (22 bis 6 Uhr) auf ausgewählten Hauptverkehrsstraßen? Noch nicht umgesetzt. Die regelmäßige Geschwindigkeitsüberwachung an Konfliktorten? Nach Mitteilung des Geschäftsbereiches Ordnung und Sicherheit wurden im Zeitraum 1. April 2021 bis 31. August 2022 ganze zwei Kontrollen durchgeführt. Und weiter heißt es: »Der Geschäftsbereich Ordnung und Sicherheit merkt an, dass es im Ordnungsamt keine technischen und personellen Kapazitäten gibt, um Kontrollen an Konfliktorten im Sinne des Lärmaktionsplanes durchzuführen oder solche zu verdichten.« Ohne weiteren Kommentar. *Die Redaktion*



Lärmschutz für die Einwohner der Neustadt? Fehlanzeige!

DRESDNER SUCHTBERICHT 2021

Prävention verstetigen!



Erstmals werden Daten zu Drogenrückständen im Dresdner Abwasser präsentiert

Der Suchtbericht bezieht sich auf eine Datenbasis für das Jahr 2020, dem ersten Corona-Jahr. Dies hatte natürlich Auswirkungen vor allem für den Bereich der Suchtprävention. Erstmals werden im Bericht Daten zu Drogenrückständen im Dresdner Abwasser präsentiert. Wenig überraschend zeigt die Analyse, dass hinsichtlich der Crystal-Mengen eine stetige Zunahme zu verzeichnen ist. Auch für Ecstasy, Kokain und Amphetamin stiegen im Verlauf der vergangenen Jahre die gemessenen Mengen an. Der Bericht befasst sich des Weiteren mit dem Behandlungsgeschehen im Bereich Sucht sowie mit dem durch die kommunale Bürgerumfrage abgebildeten Konsumverhalten. Des Weiteren wird auf die Präventionsaktivitäten der Stadt und auf das rauschgiftbezogene Lagebild der Dresdner Polizei eingegangen. Interessant ist, dass der Bericht für den Bereich Prävention empfiehlt, von den ressourcenbindenden Förderanträgen (beim Land oder den Krankenkassen) für zeitlich begrenzte Projekte abzurücken. Stattdessen soll ein unabhängiges Budget für die Suchtprävention angestrebt werden. *Christopher Colditz*

VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

Impressum

Herausgeber

DIE LINKE. Fraktion im Dresdner Stadtrat
Rathaus, 1. Etage, Zimmer 208
Dr. Külz-Ring 19, 01067 Dresden
www.linke-fraktion-dresden.de

V.i.S.d.P.

Thomas Feske

Kontakt

Telefon: 0351/4882822
fraktion@dielinke-dresden.de

Redaktion

Susann Dietzschold, Thomas Feske,
Dr. Dirk Wagner

Autor:innen dieser Ausgabe

Anja Apel, Pia Barkow, Christopher Colditz,
Thomas Feske, Margot Gaitzsch, Katharina Hanser,
Anne Holowenko, Tilo Kießling, Jens Matthis,
André Schollbach, Dirk Wagner, Tilo Wirtz

Redaktionsschluss

21. November 2022

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor.

Bildnachweise

Martin Heinlein/DIE LINKE (1); Wilfried Wende/pixabay (2); Olivier Nyssens/pixabay (2); AndyLeungHK/pixabay (2); Franziska Pilz (3); Iris Hamelmann/pixabay (4); Bybbisch94, Christian Gebhardt/Wikipedia (4); bridgesward/pixabay (5); Bruno/pixabay (5); Wikimedia Commons (6); PhotoMix-Company/pixabay (6); Struffel Productions/pixabay (7); Katermikesch/pixabay (7); Ryan Mc Guire/pixabay(7); congerdesign/pixabay (8); Ben Kerckx/Pixabay (8); Susanne/pixabay (8)

Gestaltung und Satz

Ostsüdost

Druck

LR Druckerei GmbH

Auflage

Die Papierausgabe wird in einer Auflage von 3000 Exemplaren gedruckt.

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat